Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7193**

16. Wahlperiode 12. 11. 2007

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Militärrelevante Experimente am Atomforschungszentrum der GKSS in Geesthacht

Am 23. Februar 2006 hat das Deutsche Kinderkrebsregister in Mainz der Öffentlichkeit einen 15. Leukämieerkrankungsfall bei Kindern in der Elbmarsch und in Geesthacht gemeldet. Unter Einbeziehung eines Jugendlichen und eines leukämieähnlichen Krankheitsbildes bei einem Kind handelt es sich sogar um den 17. Fall. Vier der erkrankten Kinder sind inzwischen gestorben. Es handelt sich um die welthöchste erfasste Leukämierate auf kleinem Raum bei Kindern.

Die Ursache ist bisher nicht wissenschaftlich stichhaltig nachgewiesen worden. Die möglichen Ursachen, die bisher von Gutachtern, Bevölkerung oder Journalisten in Betracht gezogen wurden, lassen sich in drei Kategorien zusammenfassen: 1) Zufallshypothese, 2) Die Nuklearanlagen des Kernkraftwerk Krümmel und des Forschungszentrums der „Gesellschaft zur Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt“ (GKSS), die sich im Cluster-Gebiet befinden, 3) andere Umweltfaktoren im Gebiet.

In Bodenproben aus dem betroffenen Gebiet wurden Spuren von Plutonium, Americum, angereichertes Uran, verschiedene Thoriumisotope entdeckt. Es wird immer wieder in verschiedenen Hypothesen behauptet, dass die GKSS militärische Forschung mit radioaktivem Material betrieben hat. In diesem Zusammenhang wird auch immer wieder behauptet, es habe am 12. September 1986 auf dem GKSS Gelände einen schweren Unfall mit radioaktivem Material gegeben, der nicht öffentlich gemacht wurde.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über militärische oder militärrelevante Forschungen mit radioaktivem Material auf dem Gelände der GKSS, und kann die Bundesregierung mit Sicherheit ausschließen, dass eine diesbezügliche Forschung ohne Kenntnis der Bundesregierung stattgefunden hat?
2. Hat die GKSS nach Kenntnis der Bundesregierung jemals mit Kernbrennstoff experimentiert, der vor allem Thorium und angereichertes Uran enthalten hat, und ist es bei diesen Experimenten zu kleineren oder größeren Zwischenfällen gekommen?

3. Wurde in Geesthacht an der Hybridtechnik aus Kernfusion und Kernspaltung geforscht?
4. Kann die Bundesregierung ausschließen, dass sich am 12. September 1986 auf dem GKSS Gelände ein schwerer Unfall mit radioaktivem Material ereignet hat?
5. Welche Erklärung hat die Bundesregierung für die radioaktiven Befunde aus den Bodenanalysen?

Berlin, den 9. November 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333